

Die bevorstehende Landtagswahl eröffnet die Chance, die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft des Landes auf die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts auszurichten. Die Universitäten laden die zur Wahl antretenden Parteien daher herzlich ein, zu den folgenden zentralen Fragen Stellung zu nehmen, die wichtige Bereiche der Hochschulpolitik abbilden. Ihre Antworten sollen den Mitgliedern der Universitäten als Wählerinnen und Wählern einen Einblick in die hochschulpolitischen Prioritäten der Parteien geben und einen konstruktiven Dialog ermöglichen.

Freie Wissenschaft, starke Demokratie

1. Wie werden Sie die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Universitäten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung und des kritischen Denkens verlässlich schützen und stärken?

Für uns GRÜNE ist die im Grundgesetz festgehaltene Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre eine elementare Grundlage unserer liberalen Demokratie. Daraus leiten wir unser Kernprinzip grüner Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg ab: Eine starke Hochschulautonomie. Dieses Kernprinzip der Hochschulautonomie ist für uns in der Wissenschaftspolitik handlungsleitend, in rechtlicher wie finanzieller Hinsicht.

Nehmen wir die Finanzierung: Wir GRÜNE haben in Baden-Württemberg in Zeiten knapper öffentlicher Kassen die wichtigen und richtigen Prioritäten für die Wissenschaft und Forschung gesetzt! Wir schützen und stärken unsere staatlichen Hochschulen mit einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung III (HoFV III), die Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Jahre 2026 bis 2030 bietet. Mit der HoFV III wird die Grundfinanzierung im Jahr 2030 um rund 700 Mio. Euro höher liegen als im Ausgangsjahr 2025. Diese Stärkung der Grundfinanzierung ist das Fundament für eine wehrhafte Hochschulautonomie und ein Hochschulsystem, das auf Freiheit, Offenheit, Transparenz und Internationalität ausgerichtet ist. In der kommenden Legislaturperiode setzen wir uns für eine starke HoFV IV ein.

Autonomie und Wissenschaftsfreiheit sind leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir wissen aus der schmerzhaften deutschen Geschichte und aufgrund der tragischen aktuellen Entwicklung in anderen Staaten: Angriffe auf eine Demokratie aus dem Inneren richten sich oft zuerst gegen Wissenschaft, Forschung und Kunst statt. Das ist kein Zufall, denn Demokratiefeinde und Autokraten attackieren deshalb die freie Wissenschaft, weil sie um die Macht von Sprache, Ideen und Fakten wissen. Umgekehrt fürchten sie kaum etwas so sehr wie die freie, kritische Wissenschaft. Umso mehr gilt es, die Freiheit der Wissenschaft, von Forschung und Lehre zu schützen.

Deshalb schützen wir in rechtlicher Hinsicht die Hochschulen vor Einflussnahme – beispielsweise durch eine vereinfachte Berufungspraxis – und bekennen uns zum Beamtenstatus der Professorinnen und Professoren.

Mit diesem Vertrauen in unsere Wissenschaft und Forschung sichern und festigen wir Lehre und Innovationskraft. Denn so können Ideen, Patente, Erfindungen und neue Entwürfe entstehen, damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes Baden-Württemberg, Deutschlands und Europas gesichert werden.

2. Werden Sie die Autonomie der Wissenschaft durch ein neues, schlankes Hochschulgesetz ausbauen, das bürokratische Fesseln löst und den Hochschulen echte Gestaltungsfreiheit in ihrer inneren Organisation gibt?

Wir sind in den letzten Jahren wichtige Fortschritte beim Bürokratieabbau erreichen, insbesondere im Verhältnis zwischen dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen. Wir haben beispielsweise Berichtspflichten deutlich reduziert und Berufungen ganz in die Hände der Hochschulen gelegt. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, weitere unnötige bürokratische Hürden abzubauen. Dazu befinden wir uns im Austausch mit den Hochschulen, denn Bürokratieabbau funktioniert konkret am besten.

Zur Wahrheit gehört an dieser Stelle: Nur ein kleiner Teil der Vorgaben entsteht auf Landesebene. Wir beobachten, dass zugleich weiterhin neue Anforderungen entstehen, etwa durch bundesweite (Akkreditierungswesen), bundesgesetzliche (WissZeitVG, Umsatzsteuergesetzgebung) oder europäische (Datenschutzgrundverordnung) Regelungen und die vielfältigen Anforderungen von Drittmittelgebern. Neben dem weiteren Abbau hinderlicher landesrechtlicher Vorgaben setzen wir uns gemeinsam mit den Hochschulen gegenüber Bund und EU für eine dringend notwendige weitere Vereinfachung ein. Wir sind uns der Bedeutung des Bürokratieabbaus bewusst und arbeiten mit Nachdruck daran, um insbesondere die Agilität der Hochschulen zu wahren und zu erhalten.

Hochschulstruktur, Transformation und Finanzierung

3. Angesichts demographischer Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche und tiefgreifender ökologischer wie digitaler Wandelprozesse: Wie wollen Sie das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Baden-Württemberg über 2030 hinaus strategisch und finanziell so aufstellen, dass es ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleibt?

Baden-Württemberg ist das forschungsstärkste Bundesland in Deutschland! Damit das so bleibt, haben wir mit der aktuellen Hochschulfinanzierungsvereinbarung III *die vorhandenen Studienplätze abgesichert und die Kapazitäten der universitären Forschung erhalten*. Wir haben mit der Hochschulfinanzierungsvereinbarung III zusätzlich das 180-Mio.-Euro schwere *Zukunftsprogramm Hochschule 2030 aufgelegt, mit dem wir es den Hochschulen ermöglichen, ihr Studiengangsangebot zukunftsweisender auszurichten und – bundesweit einmalig – mit dem rund 100 neue Professuren samt Ausstattung finanziert werden können*. Damit ermöglichen wir den Hochschulen, die Herausforderungen der Transformation schnell anzugehen. In der kommenden Legislaturperiode setzen wir uns für eine starke auskömmliche Hochschulfinanzierungsvereinbarung IV (2031 - 2036) ein. Wir unterstützen die Vielzahl der Exzellenzcluster, deren Erfolg weit über 2030 hinaus Wirkung entfalten wird. Ergänzend bauen wir den Transfer aus. Wir wollen unter anderem Ausgründungen erleichtern, Gründungen deutlich vereinfachen und mehr Wagniskapital für heimische Initiativen bereitstellen, beispielsweise mit Hilfe von Alumni-Fonds.

4. Wie positionieren Sie sich in diesem Zusammenhang zur Idee einer zehnten Landesuniversität, und welche Alternativen sehen Sie, um Qualität, Profilbildung und Kooperationen in der bestehenden Hochschullandschaft zu stärken?

Wir sind grundsätzlich für jede Idee offen, mit der wir die großen Zukunftsaufgaben bewältigen können und die unser Land voranbringt. Doch jede Idee muss sich dabei daran messen lassen, wie zielgerichtet und sinnvoll sie ist, welchen Mehrwert sie schafft und ob sie realistisch umsetzbar ist.

In Abwägung dieser Fragen bevorzugen wir klar eine Stärkung unserer bestehenden Standorte und den Ausbau der international wettbewerbsfähigen Graduiertenangebote in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Das hat folgende Gründe: Die Gründung einer neuen Landesuniversität halten wir unter wissenschaftspolitischen, finanziellen, wettbewerblichen und demografischen Gesichtspunkten für nicht sinnvoll. Sie ist bürokratisch aufwändig (Akkreditierung) und zu langwierig angesichts der drängenden Anforderungen, die sich im internationalen Wettbewerb stellen. Da Baden-Württemberg nicht nur die meisten Hochschulstandorte hat, sondern auch mit an der Spitze steht, was Exzellenzcluster und nationale wie internationale Preise angeht, sollten die bestehenden Hochschulen gestärkt und gezielt weiterentwickelt werden. Wir müssen heute in innovativen Ökosystemen denken. Gerade jetzt geht es zudem darum, im bundesweiten und europäischen Wettbewerb um Mittel in Schlüsseltechnologien sofort handlungsfähig zu sein und schnell zu reagieren. Die Gründung einer Universität bindet Zeit, Kräfte und Mittel, die an entscheidender Stelle fehlen.

Das gilt insbesondere im Bereich KI, das wir als Querschnittsthema verstehen, von der Medizin bis zur Robotik, von den Lehramtsstudiengängen bis zum Maschinenbau. In Baden-Württemberg gibt es aktuell etwa 600 Professuren im Bereich KI. Wir forcieren den Ausbau der bestehenden Spitzen-KI-Forschungsinfrastruktur insbesondere am Cyber Valley sowie an der connAlx-Research School für angewandte KI in Heilbronn; es geht uns um schnelle und effektive Stärkung und Ausbau der Vernetzung der bereits heute erstklassigen KI-Universitäten wie Tübingen, Karlsruhe und Stuttgart. Auch die Standorte Ulm, Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Konstanz und Hohenheim haben in verschiedenen Instituten herausragende Forschung und Lehre im Bereich KI. KI ist an allen Hochschulen des Landes relevant – jetzt einen einzelnen Leuchtturm zu etablieren, zerstört hervorragend aufgestellte gewachsene Strukturen. Studien fordern zudem, dass alle Hochschulen sicherstellen sollten, dass alle Studierenden grundlegende KI-Kompetenzen erwerben können, um keine Benachteiligungen entstehen zu lassen.

Zusätzliche Mittel, die dringend benötigt werden, sollten in die Modernisierung und den Ausbau der bisherigen Standorte fließen. Daher arbeitet die Landesregierung an einem Sanierungsfahrplan für alle Hochschulstandorte, statt an einem neuen Hochschulstandort der für eine KI-Universität enorme Flächen und eine völlig neue Infrastruktur benötigen würde, obwohl alle relevanten Infrastrukturen bereits im Land bestehen.

Die Besetzung von KI-Professuren ist bereits jetzt für führende Universitäten eine enorme Herausforderung, denn dies „setzt einen hinreichend großen und qualitativ guten Bewerber-Pool für die jeweilige Stelle“ voraus. Darüber hinaus ist fraglich, ob die Nachfrage der Studierenden überhaupt gegeben ist.

Studium und Studienstandort

5. Was planen Sie, damit Baden-Württemberg ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studienbewerberinnen und -bewerber bleibt – insbesondere mit Blick auf eine moderne Lerninfrastruktur (zeitgemäße Lehr- und Lernräume, leistungsfähige digitale Infrastruktur) sowie ausreichend bezahlbaren studentischen Wohnraum in den Hochschulstädten?

Baden-Württemberg hat bereits heute die beste Betreuungsrelation zwischen Professorinnen, Professoren und Studierenden, welche zu einem hohen Studienerfolg führt. Grundlage dafür ist unsere gute Hochschulfinanzierung, die wir mit unseren verlässlichen und planungssicheren Hochschulfinanzierungsvereinbarungen geschaffen haben. Das wollen wir unbedingt fortführen.

Eine moderne Lerninfrastruktur ist ebenfalls von zentraler Bedeutung. Wir investieren Rekordsummen in die Modernisierung und Sanierung unserer Gebäude – aber das reicht nicht aus. Daher haben wir aus dem Sondervermögen sowie der Schnellbauinitiative große Teile für die Infrastruktur der Hochschulen und der Hochschulmedizin vorgesehen. Darauf wollen wir aufbauen und in den kommenden Jahren bei der Förderung nachlegen. Das geht nur, wenn wir die Verfahren vereinfachen, mit den Möglichkeiten eines schnelleren und standardisierten Bauens.

Beim studentischen Wohnen hat Baden-Württemberg mit Abstand die höchste Unterbringungsquote aller westdeutschen Bundesländer. Die Unterbringungsquote in Baden-Württemberg beträgt aktuell 14,71 %, während der Bundesdurchschnitt nur 10,12% beträgt. In keinem weiteren Land profitieren die Studierendenwerke und somit die Studierenden derart vom Bundessonderprogramm „Junges Wohnen“. Es ist notwendig in den nächsten Jahren weitere Studierendenwohnheime zu sanieren und weiteren Wohnraum zu schaffen, insbesondere in den großen Universitätsstädten. Mit der Aufstockung der Bezuschussung für den Wohnheimplatz von 8.000 Euro auf 55.000 Euro haben wir einen weiteren bedeutenden Schritt geleistet. Für die Studierendenwerke setzen wir uns für eine Dynamisierung der Finanzhilfen ein.

Wir GRÜNE haben das deutschlandweit gültige "Jugenticket BW" eingeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass es auf alle Studierenden und Auszubildenden ausgeweitet wird, ohne Altersgrenze.

Die Gebühren für internationale Studierenden wollen wir abschaffen. Baden-Württemberg hat eine herausragende Hochschullandschaft und ist bereits sehr attraktiv für Internationale Studierende. Durch die Abschaffung der Gebühren machen wir den Standort für Internationale Studierende noch attraktiver und gleichen diesen Wettbewerbsfaktor im Vergleich zu anderen Bundesländern aus. Wichtig ist hierbei, dass wir dafür zusätzliche Mittel bereitstellen können, um keine Abstriche in anderen Feldern machen zu müssen und die hohe Abschlussquote halten zu können. Denn am bedeutendsten ist, dass die ausgebildeten Fachkräfte auch im Nachgang unserem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Daher braucht es auch noch weiter vertiefte Bindung an den Studierendenstandort Baden-Württemberg, durch eine engere Verzahnung der Internationalen Studierenden mit den Unternehmen vor Ort.

Bei all den Vorhaben suchen wir den Dialog mit den Hochschulen und entwickeln Lösungen gemeinsam. Exemplarisch steht dafür der Dialogprozess „Zukunftslabor Hochschulen in der digitalen Welt“, mit dem wir GRÜNE bei der letzten Landtagswahl erfolgreich angetreten sind – und der inzwischen von anderen Bundesländern nachgeahmt wird.

6. Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über ausreichende Grundkenntnisse in den Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können?

Auf den Anfang kommt es an. Daher hat die grün-geführte Landesregierung ein riesiges Sprachförderpaket auf den Weg gebracht, mit dem die Deutsch-Grundkenntnisse deutlich angehoben werden sollen, flankiert von weiteren Investitionen in die frühkindliche Bildung in den Bereichen Lesen, Schreiben und Mathematik. Die Wiedereinführung von G9 bietet darüber hinaus die Chance, die Schülerinnen und Schüler gerade auch in MINT-Fächern – insbesondere Informatik – intensiver zu stärken.

Bis diese Maßnahmen Wirkung an den Hochschulen zeigen, wird es jedoch dauern. Daher setzen wir auch direkt am Studium an:

- Um die akademischen Fachkräftebedarfe zu decken, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen. Das grün-geführte Ministerium unterstützt hier über schwächer ausgelastete Studiengänge dahingehend, dass Lehrkräfte an der Schnittstelle Schule – Hochschule mit teilweise freien Kapazitäten schon aktuell Unterrichtseinheiten übernehmen. Wir begrüßen den Ausbau von Vorkursen vor dem Studium und Hilfsangebote von Hochschulen für ihre künftigen Studierenden über die „Attraktiven MINT-Studium“-Angebote.*
- Seit September 2025 stehen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften eine neue landesweite Plattform zur Verfügung, um neben den MINT-Orientierungsangeboten auch weitere Übungseinheiten und Tutorien für Schülerinnen und Schüler passgenau zu finden und zur Verfügung zu stellen (<https://explore.mint.landbw.de>). In der Plattform sind bereits über 200 Angebote eingestellt. Weitere Angebote mit individueller Unterstützung für die soziale und akademische Integration stellen FESSt-BW und FESSt-BW II sowie die AG Cosh dar.*
- Die landesweite FutureMINT BW-Programm- und Vernetzungsstelle der Hochschulen am KIT koordiniert alle Aktivitäten, stärkt deren Vernetzung und Austausch untereinander und bündelt sie für die Öffentlichkeit (<https://www.futuremint-bw.de/>).*

Hochschulbau, Bauherreneigenschaft und Innovation

7. Welche konkreten Schritte planen Sie, um den Sanierungsstau an den Hochschulen in Höhe von über 10 Mrd. Euro abzubauen, Planungs- und Bauprozesse zu entbürokratisieren, und werden Sie die Mietkosten für Ersatzflächen in Höhe von 18,6 Mio. Euro im Landeshaushalt so verankern, dass sie nicht zulasten der für Studium, Lehre und Wissenschaft vorgesehenen Mittel gehen?

Mehr Tempo im Hochschulbau ist ein wichtiges Ziel und dringend nötig in Baden-Württemberg! Das ist unser Anspruch. Wir sehen folgende Punkte, die für dieses Ziel hilfreich wären:

- Noch konsequentere Prioritätensetzung für Bauprojekte durch die Hochschulen und das Wissenschaftsministerium auf Grundlage einer weiterhin mit dem Wissenschaftsministerium und dem Finanzministerium abzustimmenden Masterplanung bzw. Hochschulstandortentwicklungsplanung.*
- Erhöhung der finanziellen Mittel und ggf. Nutzung privaten Kapitals (Kredite/Investorenmodelle) für den Hochschulbau sowie Erhöhung der Personalausstattung bei Vermögen und Bau.*
- Mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung der priorisierten Projekte.*

- Schaffung von Anreizen für eine zügige Baudurchführung, z. B. durch Übernahme der Anmietkosten für Interimsunterbringung bei den Universitäten.
- Weitere Vereinfachungen im Bauprozess und bei den erforderlichen Unterlagen
- Mehr Geschwindigkeit, beispielsweise durch den vorgeschalteten Bau von Ausweichgebäuden statt Sanieren im Betrieb und langfristig bzw. verlässlich angelegten Sanierungsketten
- Übertragung der Projektentwicklungszuständigkeit auf Antrag an eine Wissenschaftseinrichtung.
- Übertragung der Zuständigkeit und der Ressourcen für den Bauunterhalt und kleine Baumaßnahmen auf Antrag an die Hochschulen (siehe Sonderreglung für Uniklinika).
- Reduzierung des Eigenanteils der Hochschulen bei Forschungsbauten nach Art. 91b GG, wenn diese als Sanierung im Bestand realisiert werden.
- Robuste und wandelbare Gebäudegrundstrukturen standardisieren und bauen. Serielles Bauen und Sanieren – insbesondere dort möglich, wo standardisierte Grundstrukturen errichtet werden oder vorhanden sind. Spezialnutzungen bedarfsweise in der standardisierten Grundstruktur realisieren und nur dort wo tatsächlich benötigt ausbauen. (Vielen Hochschulgebäuden aus den 1960er und 1970er Jahren liegen sehr ähnliche bis gleiche Gebäudestrukturen zu Grunde.)
- Das Verfahren der Erstaussstattung sollte in den Bauprozess integriert werden.
- Friktionen und Hürden bei der Ersatzunterbringung für Generalsanierungen z.B. bei der Anmietung von Ausweichquartieren sollten abgebaut werden.
- Public Private Partnership-Projekte (PPP) sollten gezielter angegangen werden. Alternativ zu PPP-Projekten sollten häufiger Maßnahmen an Generalunternehmer und ggf. sogar an Generalübernehmer vergeben werden.
- Baugenehmigungsprozesse beschleunigen; bessere Zusammenarbeit Land / Kommunen.

Uns ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Kommunen und den Hochschulen sehr wichtig, um sicherzustellen, dass die Bauprojekte möglichst schnell und kostengünstig realisiert werden. Die Kommunen sollten dort, wo es möglich ist, immer frühzeitig in Planungsbesprechungen, Lenkungsreisen oder an Abstimmungen von Machbarkeitsstudien beteiligt werden. Hochschulen sind bedeutende sogenannte Dritte Orte und wichtige Begegnungsorte inmitten der Innenstädte. Daher wollen wir gemeinsame Nutzungen erleichtern – natürlich nur in Absprache und unter Zustimmung unserer Hochschulen.

Wir werden Modelle wie "Bau durch Kommune und Anmietung durch Land" als Parallele zum Public Private Partnerships (PPP) prüfen, insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage der Kommunen.

PPP-Projekte wurden bisher in Baden-Württemberg nicht praktiziert, da sie langfristige Verpflichtungen und Risiken für das Land bedeuten. Auch hier werden wir, allein aufgrund der dringend benötigten Mittel in einen konstruktiven Dialog gehen, gemeinsam mit den Bauämtern, den Hochschulen und deren Kontakte in die Wirtschaft.

8. Sind Sie bereit, den Universitäten optional die Bauherreneigenschaft zu übertragen, und werden Sie sicherstellen, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Personalkapazitäten direkt in den Projektmitteln enthalten sind?

Die Herausforderungen beim Bau-, Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der Universitäten sind enorm!

Erstmals in Baden-Württemberg wurde am 1. Januar 2024 die Bauherreneigenschaft für einen gesamten Campus vom Land auf eine Universität – das KIT – übertragen. Für das KIT bedeutete dies eine Harmonisierung von Regelungen, da es für die Großforschungs-(GF) Aufgabe bereits eigenständig baut. Zentral war hierbei die Übertragung weitgehender Zuständigkeit für das KIT, ein eigenes jährliches Baubudget, Übertragung von Vollzeitstellen und dass die Gebäude und Liegenschaften im Eigentum des Landes verbleiben.

Das grün-geführte Wissenschaftsministerium begleitet das KIT und unterstützt. Der Abschluss bzw. Erfolg des KIT wird zeigen, ob das Modell zukunftsfähig ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Übertragung schnellstmöglich nach einer geeigneten Zeit evaluiert wird. Interessierten Universitäten wollen wir ermöglichen, ebenfalls in Bauherreneigenschaft bauen zu dürfen. Dabei müssen wir jedoch sicherstellen, dass wir damit einen tatsächlichen Mehrwert erreichen und die Hürden des aktuellen Systems nicht einfach übertragen.